

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,65 Mk.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
 (Eichs Zunder)
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
 Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 19.

Berlin, Sonnabend, 6. März 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Quartalswechsel. — Jahresbericht des Vertreters am Reichs-Versicherungsamt für das Jahr 1908. — Die Bedeutung der Arbeiterbewegung für Volkswirtschaft, Staat und Kultur. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerkevereins-Zeile. — Verbands-Zeile. — Anzeigen-Zeile.

Quartalswechsel

steht wieder einmal vor der Tür, und von neuem müssen wir den Ruf erheben:

Agitiert für das Verbandsorgan!

Werbt Abonnenten für den „Gewerkeverein“!

Vor allem wenden wir uns an die Ausschüsse der Ortsverbände mit der Bitte, keine Sitzung vorübergehen zu lassen, ohne den „Gewerkeverein“ in empfehlende Erinnerung gebracht zu haben.

Es ist eine der vornehmsten

Aufgaben der Ortsverbände,

für die Verbreitung der Gewerkevereinspresse zu sorgen. Letzt den Leitartikel in unserer Nr. 13 und handelt danach! Bei 65 Pf. Abonnement pro Vierteljahr und 18 Pf. Zuschlag bei freier Zustellung ins Haus kann die Werbearbeit nicht schwer sein.

Nur frisch ans Werk!

Jahresbericht des Vertreters am Reichs-Versicherungsamt für das Jahr 1908.

I.

Im Vorjahre formulierten wir die uns obliegenden Aufgaben, soweit die Arbeiterversicherung in Frage kommt, wie folgt:

1. Vertretung am Reichs-Versicherungsamt einschließlich Vorbereitung der Rekurse und Revisionen;
2. Auskunfterteilung über einfache Rechtsfragen, besonders aus der Arbeiterversicherung an Kollegen aus dem Lande auf schriftlichem Wege;
3. Wahrnehmung der Funktionen eines Arbeitersekretariats für Berlin, solange dort eine Einrichtung dieser Art noch nicht besteht;
4. Aufklärung besonders über Arbeiterversicherungsangelegenheiten in der Presse. Dazu tritt ferner die Teilnahme an der allgemeinen Gewerkevereinsarbeit, über die jedoch hier nicht zu berichten ist.

Die Arbeiten wuchsen stetig. Es liefen im Berichtsjahre 265 Rechtsstreitigkeiten ein, die Anlage von Akten erforderten. Seit der Gründung des Hauptarbeitersekretariats am 1. Juli 1904 gestaltete sich dieser Verkehr mit den Versicherten folgendermaßen: Es wurden Akten angelegt werden

1904 vom 1. Juli ab 70

1905 155

1906 196

1907 214

1908 265

Summa 900 Fälle.

Der wachsende Umfang der Geschäfte erklärt sich vor allem aus der Tatsache, daß in allen Kreisen der Gewerkevereine, besonders auch bei den Beamten und Ortsvereinsvorständen, das Verständnis für die Hilfe bei Versicherungsangelegenheiten der Mitglieder wächst. Man erkennt mehr und mehr, daß in der Werbearbeit für die Gewerkevereine das gepredigte und geschriebene Wort nicht

allein wirksam ist, sondern daß neben der Unterstützung aus der Gewerkevereinskasse die Vertretung der Ansprüche aus der öffentlichen Versicherung zu treten hat. Diese Erkenntnis muß und kann sich noch erheblich mehr ausdehnen. Der Staat hat die Zwangsversicherung der Arbeiter gemollt. Wir stellen ihr seinerzeit das Ideal der Selbsthilfe in freien Hilfskassen entgegen und wurden, besonders unter Bismarck, dafür als Reichsfeinde bekämpft. Die Zwangsversicherung hat geiegt, die freien Hilfskassen sind in ihrer Wirksamkeit auf eine schmale Grundlage gedrängt. Wir haben uns mit der Zwangskasse ausgesöhnt, weil wir es mußten. Um so dringender lautet dafür aber auch unsere Forderung: Die Zwangsversicherung muß in sozialem Geiste geleitet und tunlichst völlig von den Versicherten bezw. den Interessenten verwaltet werden. In dieser Erkenntnis müssen wir noch weit mehr als bisher in die Organe der Arbeiterversicherung eindringen, müssen wir auch sonst den Versicherten zur Seite stehen bei der Geltendmachung ihrer berechtigten Ansprüche.

Noch vieles mehr kann in letzter Richtung geschehen. Gewiß geben noch viele Mitglieder eines Teiles ihrer Ansprüche verlustig, weil sie noch nicht die Wege wissen, wo ihnen geholfen wird. Andere nehmen die Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen, die von dritter Seite errichtet sind, in Anspruch. Am schlimmsten sind diejenigen daran, die in die Hände ausbeuterischer Winkeladvokaten fallen. Sie büßen nicht nur häufig ihre Ansprüche ein, sondern müssen noch obendrein hohe Gebühren zahlen. Errichten wir also mehr als bisher Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus, um unseren Mitgliedern stets eine Stelle zu bieten, die ihnen hilft! In den Nr. 3, 5, 6 und 7 des „Gewerkeverein“ 1908 haben wir über die Errichtung dieser Sekretariate genaue Vorschläge niedergelegt. Wir empfehlen das dort Gesagte erneut der Beachtung. Auch an vielen Orten kann manches geschehen in dieser Richtung. Nirgendwo blüht das Winkeladvokatenwesen mehr als in Berlin. Wann werden wir uns durch Errichtung eines Arbeitersekretariats an der Bekämpfung dieser dunklen Existenzen energisch beteiligen? Und warum haben nicht viele andere Großstädte auf demselben Gebiet mehr getan? In den meisten Fällen geht es, wenn jeder mit ansatz.

Die 265 neu eingegangenen Streitsachen verteilen sich auf die einzelnen Monate des Berichtsjahres wie folgt: Januar 23, Februar 27, März 23, April 15, Mai 16, Juni 21, Juli 17, August 20, September 21, Oktober 41, November 20, Dezember 21.

Von den 265 Fällen gingen uns 119 von den bestehenden Arbeitersekretariaten usw. zu. Die übrigen 146 Fälle kommen meist von den übrigen Gewerkevereinsbeamten, die nicht regelmäßig Rechtsauskünfte erteilen. Zum geringeren Teil rühren sie auch von den Ortsvereinsvorständen und den Versicherten selbst her. Es entfallen auf die Arbeitersekretariate Duisburg 9, Magdeburg 8, Aachen 5, Düsseldorf 2, Saarbrücken 2, Nürnberg 1 Fälle; auf die Rechtsauskunftsstellen: Siegen 25, Gleiwitz 14, Sagen 9, Köln 7, Dortmund 4, Sagen 4, Essen 4, Gölzig 3, Kattowitz und Breslau je 2, Gelsenkirchen, Oberhausen, Hagen und Elbing je 1 Fall; bei den Auskunftsbureaus sind beteiligt: Bitterfeld mit 5, Stettin mit 3, Striegau und Linden mit je 1 und der Brauerzellenbund mit 4 Fällen. Wenn die als Materiestelle geringwertigeren Rechtsauskunftsstellen Siegen und Gleiwitz uns erheblich viel mehr in Anspruch nehmen, als z. B. das vorzügliche Arbeitersekretariat Duisburg, so ist die Erklärung folgende: Da wo wir

Arbeitersekretariate haben, bestehen ähnliche Einrichtungen mit ausgedehnter Inanspruchnahme auch schon von anderer Seite, während wir in Siegen und Gleiwitz die einzigen, allgemeines Ansehen geniehenden Rechtsauskunftsstellen haben. Dies sollte für unsere Kollegen dort ein Ansporn sein, ihre Einrichtung bald zu einem vollwertigen Sekretariat auszubauen, ehe von dritter Seite ihnen das Feld eingenommen wird.

Unter den zu bearbeitenden Fällen befanden sich 233 Unfallsachen, 27 Invalidensachen und 5 Zivilprozefsachen. Von den Unfallsachen entfielen auf Hinterbliebenenrentenprozesse 4, Streitigkeiten betr. Anerkennung eines Betriebsunfalles 33, Rententziehungen 70, Rentenherabsetzungen 92, Verschlimmerungsanträge 8, Rentenerhöhungsanträge im ersten Verfahren 25, Abgabendente 1. Bei den 27 Invalidenrentenfällen handelt es sich um Bestreitung der Versicherungsspflicht 1 mal, nicht erfüllte Wartezeit 1 mal, Nichtanerkennung der Invalidität 15 mal, Minderfestsetzung der Beiträge 2 mal, Rentenaufhebungen 8 mal. Dazu kommen die 5 Zivilprozesse, die sich 2 mal auf Ansprüche aus der Krankenversicherung erstreckten.

Die gesamten Fälle verteilen sich auf folgende Versicherungssträger:

Unfallversicherung: Süddeutsche Bau-Berufs-Genossenschaft, Ausführungsbehörde der Stadt Berlin, Velleidungs-V.-G., Ausführungsbehörde der Eisenbahndirektion Essen, do. der Direktion Berlin, Fleischerei-V.-G., V.-G. der Gas- und Wasserwerke, Hannoverische landwirtschaftliche V.-G., Musikinstrumenten-V.-G., Mülerei-V.-G. je 1 Fall.

Schleifische Textil-V.-G., Schleifisch-Rosensche Bau-V.-G., Magdeburgische Bau-V.-G., Schleifische landwirtschaftliche V.-G., Rheinische landwirtschaftliche V.-G., Brandenburgische landwirtschaftliche V.-G., Westfälische landwirtschaftliche Bau-V.-G. je 2 Fälle.

Rheinisch-Westfälische Bau-V.-G., Fuhrwerks-V.-G., Norddeutsche Textil-V.-G., Norddeutsche Metall-V.-G., V.-G. der chemischen Industrie, Steinbruchs-V.-G., Schmiede-V.-G., Jüder-V.-G., je 3 Fälle.

Südwestdeutsche Eisen-V.-G., Ragerei-V.-G., Nordöstliche Bau-V.-G., Papiermacher-V.-G., Siegelei-V.-G., je 4 Fälle.

Süddeutsche Eisen- und Stahl-V.-G., Tiefbau-V.-G., je 5 Fälle.

Brauerei- und Mälzerei-V.-G., Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl-V.-G., je 8 Fälle.

Nordwestliche Eisen- und Stahl-V.-G. 9 Fälle, Nordöstliche Eisen- und Stahl-V.-G. 10 Fälle, V.-G. der Feinmechanik und Elektrotechnik 11 Fälle.

Knapfschafts-V.-G. 12 Fälle, Norddeutsche Holz-V.-G. 16 Fälle.

Schleifische Eisen- und Stahl-V.-G. 24 Fälle, Maschinenbau- und Kleinfisen-V.-G. 26 Fälle, Rheinisch-Westfälische Sütten- und Mälzwerks-V.-G. 31 Fälle.

Invalidentversicherung: Landesversicherungsanstalten Baden, Brandenburg, Pensionskasse der preussisch-hessischen Eisenbahn, Landesversicherungsanstalt Pommern je 1 Fall, Norddeutsche Knapfschaftspensionkasse 2 Fälle.

R.-V.-A. Rheinprovinz, Schlesien je 3 Fälle, R.-V.-A. Berlin, Sachsen-Anhalt je 4 Fälle, R.-V.-A. Westfalen 7 Fälle.

Von den genannten Fällen beschäftigten das Reichs-Versicherungsamt 224. In 33 Fällen waren es die Versicherungsträger, die gegen ein Schiedsgerichtsurteil voringen, in den anderen 191 Fällen nahm der Rentenberechtigte die letzte Instanz in Anspruch. (Fortsetzung folgt.)

Die Bedeutung der Arbeiterbewegung für Volkswirtschaft, Staat und Kultur.

Nach einem Vortrag des Kollegen Barnholt in einer Versammlung des Ortsverbandes Illn.

Die soziale Bewegung der Arbeiterklasse steht überall im Vordergrund des öffentlichen Lebens und umfaßt die Summe der Schwierigkeiten und Kämpfe, die sich infolge der veränderten Art der Gütererzeugung in der modernen Kulturwelt zwischen Unternehmer und Arbeitern herausgebildet haben. Für alle diejenigen, die die Arbeiterbewegung nur von der materiellen Seite her betrachten, denen sie in der Hauptfrage Lohn- und Mietenfrage erscheint, wird sie von geringerer Bedeutung sein. Aber die Arbeiterfrage ist und muß mehr sein, nämlich eine Kulturfrage. Die Arbeiterorganisationen haben daher die Unterstützungseinrichtungen nicht als ihre wichtigste Aufgabe anzusehen, und wo immer in einer Organisation diese Fragen einzig und allein zur Hauptfrage werden, da fehlt es an dem ideellen Zusammenhang mit den höheren Zwecken. Freilich muß der Arbeiter durch höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und die Sicherung seiner Existenz erst besser gestellt werden, damit er Zeit und Möglichkeit gewinnt, seine geistigen Kräfte und Fähigkeiten auszubilden. Wo dies aber erreicht ist, da soll die Arbeiterbewegung kein Kampf mehr um bessere Futterplätze sein, sondern ein Kampf um Lebensfreude und höhere innere Befriedigung.

Ein Streben nach Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage kann den Arbeitern niemand verbieten, nicht nur, weil alle anderen Stände das gleiche tun, sondern weil ein großer Teil der Arbeiterkraft in unzureichenden Verhältnissen lebt und ein anderer Teil sich sogar in Not und Elend befindet. So hat z. B. die Einkommensteuerstatistik im Kreuze noch im Jahre 1900 56,2 Prozent der Steuerzahler festgestellt, die ein Einkommen unter 900 Mark bezogen, und in Sachen gab es im gleichen Jahre 28,9 Prozent, deren Einkommen 500 Mark nicht überstieg.

Das Wort Lohn bedeutet für den Arbeiter daher unendlich viel. Es bedeutet gute oder schlechte Nahrung, gute oder schlechte Wohnung, gute oder schlechte Kleidung, Beaglichkeit oder Not und Elend. Auch das starke Abhängigkeitsverhältnis von den Unternehmern ist auf das Wort Lohn zurückzuführen. Dasselbe kann so stark werden, daß der Arbeiter gezwungen ist, wie es der Silber-Prozess mit erschütternder Deutlichkeit zeigte, daß er sein Brot verliert, wenn er die Wahrheit aussagt. Dies ist eine sehr bedenkliche Erscheinung in unserem kulturellen Leben, die durch die sogenannte gelbe Arbeiterbewegung noch erhöht wird, indem sich hier der Arbeiter auf Grund eines solchen Abhängigkeitsverhältnisses seiner gesetzlich gewährtesten Rechte beraubt.

Wenn auch auf manchen Gebieten die Interessen der Arbeiter mit denen der Unternehmer konform laufen, so herrscht doch in bezug auf den Lohn ein Gegensatz. Die Höhe des Lohnes, den der Arbeiter bezieht, ist wichtig für die gesamte Volkswirtschaft. Eine geringe Erhöhung der Löhne für eine große Arbeitergruppe kann daher die Kaufkraft gewaltig heben. Wenn also die Arbeiterbewegung auf die Erhöhung der Löhne dringt, so verrichtet sie eine bedeutungsvolle Funktion für Volkswirtschaft und Kultur; denn wie schon vor 100 Jahren Adam Smith ausführte, was die Lebensverhältnisse des größten Teils der Menschen verbessert, kann nie als ein Nachteil für die Volkswirtschaft betrachtet werden.

Ebenso liegen die Verhältnisse bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit. Auch hierdurch wird die Kultur gefördert; denn der organisierte Arbeiter wird nicht, wie Arbeiterfeinde es ihm so gerne nachsagen, das Mehr an freier Zeit im Wirtshaus zubringen, sondern sich eines soliden Lebenswandels befleißigen und bestrebt sein, seinen Geist auszubilden und die Erziehung seiner Kinder zu fördern.

Eine andere Seite der Arbeiterbewegung beschäftigt sich mit dem Streben nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung in Staat und Kommune. Auch der steuerzahlende Arbeiter verpönt das Interesse zu fragen, was mit seinen Steuergrößen geschieht; ja, es wäre traurig, wenn der Arbeiter sich nicht um die Grundlagen des Staates kümmern wollte. Die Entgeltungen bei dem politischen Erwachen der Arbeiterkraft können ihr nicht zum Vorteil gemacht werden, da sie sich auch anderswo und ähnlich beim politischen Erwachen des Bürgertums vorfinden. Die Vorenthaltung politischer Rechte für den Arbeiter bringt mehr Nachteile als Vorteile, da die politischen Rechte als Erziehungsmittel wirken. Aber ferner ist es nicht von zu unterschätzendem Werte für das öffentliche Leben, wenn das Verhältnis von Regierung und Volk, Arbeiterkraft und Bürgertum sich zu einem besseren und

verständigeren gestaltet. Mit Arbeiterschutzesen seitens des Staates ist es nicht getan, sondern den Arbeitern muß das freieste Koalitionsrecht eingeräumt werden, das für sie den besten Arbeiterschutz bedeutet und der Arbeiterkraft die Veranlassung zu tüchtigen Leuten und die Entfaltung der in ihr schlummernden Kräfte ermöglicht.

Aber auch hohe ideale Werte werden durch die Organisation der Arbeiter geschaffen. Das Gefühl der Solidarität drängt die egoistischen Wünsche und Bestrebungen des einzelnen zurück, und überall, wo intelligente und organisierte Arbeiter vorhanden sind, steht die Kultur am höchsten, während die unorganisierten Landarbeiter davon grundverschiedene Kultur- und Lebensverhältnisse aufweisen.

Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Moment der Arbeiterbewegung aber ist die Anerkennung des wirtschaftlichen Fortschritts, wodurch die Zerstörung von Fabriken und Maschinen, wie sie der Beginn der industriellen Entwicklung zeitigte, nach und nach aufhörte. Dieser industrielle Fortschritt hat aber durch die Arbeitsteilung den Arbeitern die Freude an ihrer Arbeit genommen, da sie jahraus, jahrein immer nur dieselbe Teilarbeit verrichten müssen. Wenn daher die Arbeiterbewegung dem Arbeiter die Möglichkeit zur Lebensfreude und das Bewußtsein eines höheren Wertes gibt, so ist ihr auch von diesem Gesichtspunkte aus ein hoher kultureller Wert zuzusprechen. Darum muß es die Pflicht der Arbeiter sein, zur Festigung der Organisation durch opferfreudige Eingabe beizutragen. Aber nicht alle bestehenden Organisationen vermögen ihre Aufgaben in kulturellem Sinne und zum Wohle der Arbeiterkraft durchzuführen. Die gelben Gewerkschaften franken unter ihrer Abhängigkeit vom Unternehmertum, den christlichen fehlt der Grundsatz religiöser Neutralität und die sozialdemokratischen vertreten anstelle des friedlichen Ausgleichs der Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter den Klassenkampf. Die Deutschen Gewerkschaften aber vermeiden diese Fehler und wollen auf der Grundlage der religiösen Neutralität und parteipolitischen Unabhängigkeit mithelfen, die Menschheit in geistiger Freiheit und gesteigertem wirtschaftlicher Kraft zu wachsendem Wohlstand emporzuheben. Darum wollen wir die Grundsätze und das Programm der Gewerkschaften verwirklichen auf dem Boden des deutschen Vaterlandes, dessen Ansehen, Kraft und Größe zu fördern uns als deutschen Arbeitnehmern als eine Ehrensache gilt!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 5. März 1909.

Die gestrige Zentralratsitzung beschäftigte sich nach Entgegennahme eines kurzen Berichts aus dem geschäftsführenden Ausschuss mit dem neuerdings in der Presse vielfach erörterten Plan einer Kohlensteuer. Nach einem kurzen Referat des Kollegen Lewin fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.) wendet sich mit Entschiedenheit gegen den agrarischen Vorschlag, eine Kohlensteuer von 50 Pfg. pro geförderte Tonne im Reich einzuführen. Die Kohlenindustrie ist so organisiert, daß sie die Preise künstlich hochhalten kann, und wird daher die Steuer auf die Konsumenten abwälzen. In ungunstigen Zeiten, wo vielleicht eine solche Abwälzung nicht möglich ist, würde sie sich durch Lohnkürzungen schadlos zu halten wissen. In dem einen wie im anderen Falle würde die Steuer also vornehmlich die minderbemittelte Bevölkerung treffen. Die Wirkung einer Kohlensteuer auf Gewerbe und Industrie mit erheblichem Kohlenverbrauch würde vielfach bei der Lohnbemessung für die darin beschäftigten Arbeiter in die Erscheinung treten.“

Der Zentralrat erwartet vom Reichstage, daß er überhaupt keine neuen Steuern bewilligt, durch welche die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien weiter verteuert wird, verlangt vielmehr, daß die leistungsfähigen Steuerzahler durch direkte Steuern in angemessener Weise zu den Lasten des Reiches herangezogen werden.“

Im Anschluß daran erstattete Kollege Erlenz den Jahresbericht über seine Tätigkeit am Reichs-Versicherungsamt, der mit großem Interesse aufgenommen wurde. Der Bericht wird im „Gewerksverein“ veröffentlicht.

Auf die Versammlung, die am Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr, im Bürgercafé des Berliner Rathauses stattfindet und in der das Thema: „Seimarbeit und Lohnfrage“ erörtert werden wird, machen wir hiermit nochmals aufmerksam und fordern zu regem Besuche auf. Besonderer Säulenschlag erfolgt nicht. Alles Nähere besagen die den einzelnen Ortsvereinen zugegangenen Handzettel sowie die bezügliche Notiz in unserer letzten Nummer.

Soziale Wahlen. Ein „Vertrauensvotum“ hat die Arbeiterkraft der Mitte Rhönir in Duisburg-Ruhrort den christlichen Gewerkschaften bei den in vergangener Woche getätigten Krankenkassenvertreterwahlen ausgestellt, wie es besser nicht gewünscht werden kann. Bis dahin war es den christlichen Gewerkschaften immer möglich gewesen, in sämtlichen Abteilungen, außer der Konstruktion, ihre Vertreter durchzubekommen. Die Mitte Rhönir galt in dieser Hinsicht als eine sichere Domäne der Christlichen. Doch alle Schuld rächt sich auf Erden. Durch verschiedene Maßnahmen der bisherigen Krankenkassenvertreter, die nicht zum Vorteil wohl aber zum Nachteil der Rassenmitglieder waren, ist das Vertrauen auf dieser Gewerkschaft arg erschüttert, und während es sonst den Gewerksvereinskollegen trotz der verzweifeltsten Anstrengungen nicht möglich war, in den anderen Abteilungen ihre Vertreter durchzubekommen, war das diesmalige Resultat geradezu überrassend. Von 33 zu wählenden Vertretern erhielten nämlich die Gewerksvereiner 25, während die „Christlichen“ sich mit ganzen 8 bequämen mußten, und auch diese konnten nur durch die Unterstützung der Polen gewonnen werden.

Ob des Ausgangs der Wahl sollen die „Großen“ von Naar recht lange Gesichter gemacht haben. Rette, was zu retten ist, sagte sich der „Gröbste“ der „Großen“. Die Getreuen wurden zusammengerufen, um zu beraten, wie es möglich sei, die schwere Niederlage etwas abzumildern. Die Wahl im Schweißwurde wurde plötzlich seitens der Direktion für ungültig erklärt. Es soll dies, wie böse Zungen behaupten, das Ergebnis der Kriegsberührung der christlichen Gewerkschaftsmitglieder gewesen sein. Alle Hoffnungen wurden auf diese Neuwahl gesetzt. Doch, o weh! Während es bei der ersten Wahl den Gewerksvereinskollegen nur mit 7 Stimmen Mehrheit möglich war, ihre Kandidaten durchzubekommen, gelang ihnen dies bei der zweiten Wahl mit 75 Stimmen Mehrheit.

Das hatten die christlichen „Gewerkschaftsgrößen“ nicht erwartet. Sie bestreuten ihre Säpfer mit Äsche und saagen: „Behüt Dich Gott, es war zu schön gewesen, behüt Dich Gott, es hat nicht sollen sein.“ Wir aber sind so mittelidig und erlauben uns ganz geborfamst zu kondolieren.

Der Ausgang der Krankenkassenvertreterwahl der Mitte Rhönir hat wiederum zur Genüge bewiesen, daß der Gewerksvereinsgedanke sich im Duisburger Bezirk immer mehr Geltung verschafft, und daß die Gegner mit den Gewerksvereiner zu rechnen haben. Unfern Kollegen von der Mitte Rhönir aber gebührt für ihre intensive Arbeit die vollste Anerkennung.

Die Vorlage betreffend die Reform der Arbeiterversicherung soll in allernächster Zeit dem Bundesrat zugehen. Wie bekannt, ist auch die geplante Arbeiter-Witwen- und Waisenversicherung in den Entwurf hineingearbeitet worden. Dazu wird nun gemeldet, daß dem Bundesrat gleichzeitig auch eine Gesetzesvorlage unterbreitet werden soll, welche die Aufhebung des § 15 des Zolltarifgesetzes (lex Trimbom) vorsieht, wonach die Mehreinnahmen aus gewissen landwirtschaftlichen Zöllen als Fonds für die zu gründende Witwen- und Waisenversicherung aufgesammelt werden sollten. Die an diesen Paragrafen geknüpften Hoffnungen haben sich bekanntlich nicht erfüllt. Die Einnahmen sind sehr gering gewesen und außerdem sehr schwankend. Deshalb soll die Witwen- und Waisenversicherung durchgeführt werden auf Grund von Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und eines Reichszuschusses, der etwa 40-45 Millionen betragen soll. Auf diese Weise hofft man an Witwen Renten bis zu 50 Mk. und an Waisen bis 30 Mk. geben zu können.

An und für sich kann man ja den Gedanken, eine feste Grundlage für die Witwen- und Waisenversicherung zu schaffen, nur gut heißen. Aber die Art, wie man hier diese Grundlage schaffen will, die jetzt so recht deutlich, wie leichtfertig die Zollmehrheit seinerzeit im Reichstage abhandelt hat. Jetzt sollen die Arbeiter selbst noch Beiträge zu dieser Versicherung leisten, und dann soll die Rente für die Witwen 50, und die Waisen 30 Mk. betragen. Sind damit etwa Jahresrenten gemeint? Dann wäre die ganze Witwen- und Waisenversicherung keinen Bisschen wert, und es wäre geradezu ein Vohn für die Arbeiterschaft, wenn man es wagte, ihr mit einer solchen sozialen Leistung zu kommen. Die nächste Zeit wird ja näheren Anschluß bringen. Gegen diese Art der sozialen Reformen könnte aber nicht energisch genug Widerspruch erhoben werden.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Kohlenarbeiter in Kiel dauert fort. Einige Arbeitswillige haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Auf den Kohlenhöfen wird so gut wie gar nicht gearbeitet, dagegen ist die Köcherei auf den Kohlendampfern in vollem Gange. — Bei der Zigarettenfirma Gebr. Jödicke in Dresden sind wegen Mahrregelung eines Arbeiterauschusses Mitglied die Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten. Die Sortierer und Ristenmacher haben sich mit ihnen solidarisch erklärt, so daß die Zahl der Ausständigen rund 150 beträgt.

Die geplante Schlichtungsordnung in der bayerischen Metallindustrie soll nicht zustande kommen. Im Sommer 1907 veröffentlichte der Verband bayerischer Metallindustrieller den Entwurf einer Schlichtungsordnung zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. In allen Betrieben des Verbandes sollten Berkommisionen geschaffen werden, ferner für Augsburg, München und Nürnberg je eine Ortskommision und schließlich als dritte Instanz für ganz Bayern eine Hauptkommision. Die beiden letzteren sollten zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen. Die Wahl der Vertreter in den Berkommisionen sollten nach dem Verhältniswahlssystem stattfinden. Der Plan fand in der Öffentlichkeit Anerkennung. Es wurden Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingeleitet, an denen seitens der Arbeiter Vertreter unseres Gewerkevereins der Maschinenbauer, des deutschen Metallarbeiterverbandes, des christlichen Metallarbeiterverbandes und auch der „Selben“ teilnahmen. Gegen die Beteiligung der Selben wurden lebhaft Bedenken geltend gemacht, schließlich aber wurden die Verhandlungen unter Weisung und Mitwirkung der Vertreter der Selben durchgeführt.

Das Resultat der Beratungen wurde nun den einzelnen Organisationen zur Zustimmung unterbreitet. Während aber alle übrigen Beteiligten den Entwurf annahmten, hat ihn der deutsche Metallarbeiterverband jetzt abgelehnt. Er forderte, daß in den Orts- und Hauptkommisionen der Vorsitz zwischen einem Arbeitgeber und Arbeitnehmer wechsele und daß die Selben vollständig ausgeschaltet würden. Das ist seitens des Verbandes der bayerischen Metallindustriellen rundweg abgelehnt worden.

Damit ist natürlich das Zustandekommen der Schlichtungskommisionenordnung so gut wie gescheitert. Wir bedauern dies, da wir in dieser Schlichtungsordnung den ersten Schritt zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterorganisationen durch die bayerischen Metallindustriellen erblicken. Auch uns ist es keineswegs angenehm, mit den Selben gemeinsam zu tagen, und der Vertreter des Gewerkevereins der Maschinenbauer hat seine Bedenken dagegen mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht. Leider muß aber gerade in Bayern mit den Selben gerechnet werden, und da die Wahlen zu den Kommisionen nach dem Verhältniswahlssystem stattfinden, haben es die organisierten Arbeiter selbst in der Hand, dafür zu sorgen, daß die gelben Bäume nicht in den Himmel wachsen. Daß gerade der „große“ deutsche Metallarbeiterverband sich so vor den Selben fürchtet, stellt ihm gerade kein glänzendes Zeugnis aus.

Ein Sozialdemokrat gegen die Nachschäfer. Eine wissenschaftliche Leuchte der genannten Partei, Herr Arthur Schulz, hat sich vor kurzem in München energisch gegen die Nachschäfer ausgesprochen, weil durch sie die Landwirtschaft ungerecht belastet würde. Auch in einer wissenschaftlichen Schrift: „Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland“, vertritt „Genosse“ Schulz einen ähnlichen Standpunkt, indem er verlangt, daß die Sozialdemokratie für Vieh- und Fleischzölle eintrete.

Ein sonderbarer Heiliger, dieser „Genosse“! Der „Vorwärts“ will demnach auf die von Schulz verkündeten Anschauungen noch näher eingehen. Nebenfalls ist es bemerkenswert, daß ein wissenschaftlicher Vertreter der Sozialdemokratie ein so beängstigend warmes Interesse für die Landwirtschaft an den Tag legt.

Friede zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen? Dem Korrespondenzblatt der Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands ist die Mitteilung zugegangen, daß die katholischen Fachabteilungssekretäre die Anweisung erhalten hätten, den Kampf gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften einzustellen, mit diesen gemeinsame Sache zu machen und sich eventuell mit ihnen zu vereinigen. Diese Anweisung sei von der katholischen

Geistlichkeit ausgegangen, in deren Händen bisher die Führung der Fachabteilungsbevegung gelegen hat, die auch selbst den Kampf einstellen und ebenfalls die „christlichen“ Gewerkschaften unterstützen wollte. Dieser Mitteilung wird hinzugefügt, daß unter dem Vorsitz des Bischofs Skorum, der die Fachabteilungen bisher auf das Entschiedenste gefördert hat, eine Konferenz des Saarklerus stattgefunden hat, in welcher der Bischof selbst die Einstellung des Kampfes befohlen habe.

So überraschend diese Mitteilung klingt, scheint sie doch eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich zu haben. Auch uns ist von Kollegen aus Rheinland-Westfalen bestätigt worden, daß gewisse Einigungsbestrebungen zwischen den beiden christlichen Richtungen sich in letzter Zeit geltend gemacht hätten. Wer da weiß, wie heftig und mit wie niedrigen Mitteln sich die beiden „christlichen“ Organisationen bisher befehdet haben, der wird trotzdem diesen Vermittelungsversuchen nur schwer Glauben schenken können. Verarbeiten sie sich, so wäre dies nur ein weiterer Beweis dafür, wie sehr die christlichen Organisationen beider Eedattierungen unter dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit stehen. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist noch nicht gesprochen. Die Gegensätze zwischen den beiden Richtungen sind so groß, daß bei einer wirklich eintretenden Vereinigung dieselben noch etwas näher beleuchtet werden müßten. Aber eine Frage drängt sich uns schon heute auf: Was sagt Herr Mumm dazu, der durch das Aufheben der katholischen Fachabteilungen in den christlichen Gewerkschaften zu immer größerer Bedeutungslosigkeit herabgebrängt werden wird?

Die Kriminalität im Deutschen Reich. Nach der jetzt veröffentlichten Kriminalstatistik für das Jahr 1906 wurden insgesamt 524 113 Personen (mit Ausnahme der wegen Wehrpflichtverletzung Bestraften) wegen Verbrechen und Vergehen verurteilt gegen 315 849 in 1882. Das bedeutet bei Berücksichtigung der Ziffer der strafmündigen Zivilbevölkerung eine Steigerung der Verurteilungsziffer um 23,4 v. S. Diese Steigerung setzte besonders von 1892 an mit 15,4 v. S. ein; bis dahin hatte sie nur 7,7 v. S. betragen. Von 1905 bis 1906 ist die Verurteilungsziffer um 2,0 v. S. gestiegen. Bei den Jugendlichen sind die Verurteilungen von 1882 (= 30 719) bis 1906 (= 55 270) um 34,5 v. S. gestiegen. Von 1905 zu 1906 hat sich die Verurteilungsziffer um 4,2 v. S. vermehrt, wobei die Zunahme der gesamten strafbaren Bevölkerung lediglich den männlichen Geschlecht zuzuschreiben ist. Die Zahl der männlichen Verurteilten ist im Jahre 1906 im Vergleich zu 1882 um 29,1 v. S. gestiegen, die der weiblichen dagegen um 1,3 v. S. zurückgegangen.

Die Steigerung der Kriminalität ist hauptsächlich auf eine Zunahme des gewerbs- und gemeinhinheitsmäßigen Verbrechenertums zurückzuführen, denn unter den Verurteilten hat in den 25 Jahren die Zunahme bei der Gesamtzahl der Vorbestraften 184,6 v. S. (darunter bei den weiblichen Personen 83,9 v. S.), bei der Gesamttheit der Verurteilten ohne Vorstrafen dagegen nur 24,1 v. S. (darunter bei den weiblichen 18,7 v. S.) betragen. Bei den Jugendlichen ist ebenfalls die Steigerung besonders bei denen mit Vorstrafen in erheblicher Weise erfolgt (seit 1889 mit 34,0 v. S.; bei den Jugendlichen ohne Vorstrafen beträgt die Zunahme 22,6 v. S.).

Unter den einzelnen Strafkategorien treten mit den höchsten Verurteilungen hervor: gefährliche Körperverletzung mit 97 943 Personen, einfacher Diebstahl mit 76 361 Personen, Beleidigung mit 61 047 Personen, leichte Körperverletzung mit 28 446 Personen und Hausfriedensbruch mit 25 624 Personen. Wegen Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen wurden im Jahre 1906 insgesamt 21 191 Personen verurteilt. Davon wurden 62 mit Verweis, 21 181 mit Geldstrafe, 20 mit Haft und 28 mit Gefängnis bestraft. Am häufigsten wurde gegen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe gefehlt; aus diesem Grunde wurden 6098 Personen verurteilt. Die demnach zahlreichsten Bestrafungen beziehen sich auf Vergehen gegen den Kinderchutz nach dem Kinderchutzgesetz und erreichen die Höhe von 3296. Wegen Vergehen gegen Jugend- und Kinderchutz nach der Gewerbeordnung haben 1150 Verurteilungen stattgefunden.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1904.

Ortsverband Ettus.

Das vergangene Jahr hat uns keine Erfolge gebracht. Im Frühjahr wurde ein Antrag an den Ortspräsidenten zu Potsdam gestellt auf Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns. Ferner wurde der Magistrat um

Einführung der Verhältniswahl am Gewerbegericht und bei der Ortskrankenkasse ersucht. Im Herbst wurde sodann der Antrag auf Auslösung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene gestellt; sämtliche Anträge blieben unbeantwortet. Das Geschäftliche wurde in 7 Vertreterversammlungen, 3 Ortsverbandsversammlungen, einer außerordentlichen und 2 kombinierten Versammlungen erledigt. Außerdem fand eine Konferenz der Ortsverbände der Provinz Brandenburg hier statt, in welcher Kollege Lewin-Berlin über das Gewerkevereinsprogramm und über die Aufgaben der Ortsverbände sprach. In der zweiten Ortsverbandsversammlung war ebenfalls Kollege Lewin anwesend und hielt einen Vortrag über: „Ursachen und Wirkungen der Zersplitterung in der heutigen Arbeiterbewegung“. In der dritten Versammlung sprach Kollege Frost-Forst über: „Die Stellung der Deutschen Gewerkevereine zum Unternehmertum“. Die außerordentliche Ortsverbandsversammlung brachte uns einen Vortrag des Herrn Landgerichtsrats Weiler über den „Wert der Persönlichkeit und Arbeiterfragen“.

Unsere Versuche, Ortsvereine neuer Berufe zu gründen, haben leider den erwünschten Erfolg nicht gehabt. Hoffen wir, daß es dem Ortsverbande im neuen Jahre gelingt, das Versäumte nachzuholen. Das ist aber nur möglich, wenn jeder Gewerkevereinskollege mit daran hilft.

Paul Haupt, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband W.-Gladbach-Rheydt.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 12 Vertreter- und 3 kombinierten, 2 Schiedsgerichts-, 3 Komitee-, 2 Kommissions-, und 1 außerordentlichen Sitzung. Ortsverbandsversammlungen fanden 5 statt, in denen die Kollegen Müller, Beamter der Textilarbeiter, sein Nachfolger Kollege Reichel und Kollege Prüfer Vorträge hielten. Weiter wurde Müller-Rheydt als Referent zu einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung in Erelenz geschickt. Diesem Kollegen ist es auch geglückt, einen Ortsverein deutscher Frauen und Mädchen ins Leben zu rufen, der sich dem Ortsverbande anschloß. Der Ortsverein der Textilarbeiter Rheydt ist leider wieder eingegangen.

Eine Verschmelzung der Ortsverbände Biersen und W.-Gladbach-Rheydt ist leider gescheitert. Am 4. Oktober fand eine Besichtigung der Kläranlage der Stadt Rheydt statt, und im Oktober feierte der Ortsverband das 40 jährige Bestehen der Deutschen Gewerkevereine. Der Beamte Reichel hatte die Festrede übernommen.

Unsere Eingabe an die verschiedenen Magistratsverwaltungen Heranziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene hatte soweit Erfolg, daß in Erelenz ein Mitglied der Maschinenbauer als Geschworener und je ein Mitglied in Erelenz und Rheydt als Schöffe gewählt wurde.

Das Arbeitersekretariat, welches wir in W.-Gladbach gegründet hatten, konnte trotz großer Mühe seitens des Vorstandes des Ortsverbandes nicht auf der alten Höhe erhalten bleiben, weil die Maschinenbauer-Ortsvereine W.-Gladbach, Rheydt und Erelenz austraten, bezw. keine Beiträge mehr leisteten. Ganz eingegangen ist es trotzdem nicht, sondern wird jetzt von den Textilarbeitern allein unterhalten; hoffentlich treten in Zukunft die Ortsvereine wieder bei. Der Versuch der Versammlungen war durchweg befriedigend, trotz alledem konnte er noch besser sein; an Stoff hat es wahrlich nie gefehlt. Die Mitgliederzahl des Ortsverbandes betrug am Schluß des Jahres 341. Möge es dem neuen Vorstande vergönnt sein, diese Zahl am Schluß 1909 verdoppelt zu sehen. Dieses kann nur geschehen, wenn alle Mitglieder eifrig agitieren und es nicht einer dem andern überläßt. Jeder einzelne trete ein für unseren Gewerkeverein!

Carl Prüfer, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Krefeld und Umgegend.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden in 7 Vertreter-, 4 Vorstand- und 4 kombinierten Ausschüssen erledigt. Außerdem fanden 4 Ortsverbandsversammlungen in Gils, Billig, Herdingen und Krefeld statt. In zwei öffentlichen Versammlungen sprach Kollege Gieseler, Duisburg über: „Die Notwendigkeit der Berufsorganisation und warum schließen wir uns den Deutschen Gewerkevereinen an?“, während Kollege Reil, Düsseldorf die Gründung eines Ortsvereins der Holzarbeiter vertrat, infolge der Krise leider ohne Erfolg. Des weitern wurden Vorträge gehalten vom Kollegen Stevens in der Ortsverbandsversammlung in Herdingen über: „Fortschritt und Armut“, vom Kollegen Vossfelder in der Ortsverbandsversammlung in Billig über: „Die Arbeitslosigkeit und deren Begleiterscheinungen“. Am 9. August fand ein Sommerfest statt, bei dem Kollege Gieseler die Festrede hielt. Außerdem wurde durch Abhaltung eines Bildungsabends sowie von Diskutierabenden für die Bildung und Wehrung der Mitglieder Sorge getragen. Auch eine Weihnachtsfeier mit einer Bekehrung für die Kinder fand statt. Dem Ortsverbande sind die Ortsvereine der Textilarbeiter- und Metallarbeiter-Krefeld, Maschinenbauer-Herdingen und Moers, sowie der Ortsverein der Textilarbeiter von Gils, die Ortsvereine der Textilarbeiter von Billig und Fischeln angeschlossen. Letzterer ist durch Lokalabtreiber der christlichen Gewerkschaften wieder eingegangen, jedoch sind die meisten Mitglieder dem Ortsverein der Textilarbeiter in Krefeld wieder beigetreten.

Der Organisationsgedanke im Ortsverbande litt im Anfange des Jahres sehr unter dem Einbruche des verlorenen Streifes der Stoffweber. Dadurch und infolge des schon lange anhaltenden schlechten Geschäftsganges stehen die Arbeiter der Organisation gleichgültig gegenüber und sind trotz aller Auffklärung zum Beitritt nur schwer zu bewegen. Im allgemeinen haben wir keinen

Rückgang, leider aber auch einen wesentlichen Fortschritt nicht zu verzeichnen. Erprobung wird der Ausschuss in neuen Jahre eifrig an dem Ausbau der hiesigen Organisation weiter arbeiten und richtet den Appell an die Mitglieder der angeschlossenen Ortsvereine, ihn dabei unermüdetlich zu unterstützen. Im neuen Jahre muß unser Wahlspruch sein: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ August B o s s e l d e r, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Lauterbach.

Der Ortsverband erlebte seine Geschäfte in 4 Ausschussungen, 2 kombinierten Sitzungen und 4 Ortsverbandsversammlungen. In der ersten Ortsverbandsversammlung hielt Kollege Winter-Schramberg einen Vortrag über: „Die verfallene Lohnbewegung auf dem Schwarzwalde“. Von seiten unseres Ortsverbandes ging eine Anregung an die „freien“ sowie an die christlichen Gewerkschaften, um gemeinsam Stellung zu nehmen gegen die hohen Fleischpreise. Es wurde zu dem Zwecke eine gemeinsame Kommission gewählt, welche auch das gemeinsame Kollektivum um Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne hatte ebenfalls Erfolg. Im März hielt Kollege Bau einen Lehrevortrag über: „Arbeitskammern und Arbeiterkammern“ und im August Kollege Winter-Schramberg über: „Die Ideale der Gewerkschaften“. In demselben Monat fand eine Konferenz in Stuttgart statt zwecks Errichtung eines Arbeitersekretariats in Württemberg, welche auch von unserem Ortsverband besucht wurde. Der Aufforderung zum geschäftsführenden Ausschuss, die Heranziehung von Gewerkschaftern als Schöffen und Geschworene zu fordern, wurde Folge geleistet, aber leider ohne Erfolg. Zu der Ortsverbandskonferenz in Augsburg mußte das Rotenpunktes wegen mit dem Ortsverband Schramberg gemeinsam ein Vertreter entsandt werden.

Die im Dezember stattgefundene Ortsverbandsversammlung hat beschlossen, innerhalb des Ortsverbandes einen Distrikterklub zu gründen. Hoffentlich gelingt der Plan und trägt dazu bei, unsere Gewerkschafter in Lauterbach in weitere Kreise zu tragen.

Was den Besuch der Ortsverbandsversammlungen anbelangt, so war derselbe ein nicht zu reger. Hoffentlich wird sich dies im neuen Jahre ändern. Es sei deshalb der Appell an die Vereinsvorstände gerichtet, ihre Mitglieder anzuspornen, fleißig zahlreich die Ortsverbandsversammlungen zu besuchen.

F r a n z R o o s m a n n, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Pöfswald i. Pomm.

Das Jahr 1908 war für unseren Ortsverband nicht reich an gewerkschaftlichen Ereignissen. Die Geschäfte fanden ihre Erledigung in 5 Ausschussungen, 4 ordentlichen und 9 außerordentlichen Versammlungen sowie einer kombinierten Ausschussung. Der Besuch in den meisten Versammlungen hätte besser sein können. Der Ausschuss ist bemüht, die Versammlungen lehrreich und unterhaltend zu machen; da müssen auch die Mitglieder zahlreicher zur Stelle sein. Zur Ortsverbandskonferenz in Stettin wurde ein Vertreter entsandt. An geselligen Veranstaltungen sind das Stiftingsfest und ein Sommerfest zu verzeichnen. Außerdem leisteten wir einer Einladung des Prenzlauer Ortsverbandes zum Agitationsfest Folge, an dem sich zahlreiche Mitglieder beteiligten. Es wird unser Bestreben sein, eine Fühlung untereinander zu halten und das Interesse der Mitglieder mehr zu wecken. Schon jetzt aber rufe ich allen Kollegen zu, in diesem Jahre Mann für Mann einzutreten für die Ausbreitung

unserer Organisation, damit der Ausschuss mit Lust und Liebe sein Amt verübt und immer mehr zu reger Tätigkeit angepornt wird. Denn ohne Arbeit kein Erfolg! Wilhelm H e m p e l, Schriftführer.

Gewerkevereins-Teil.

8 Laenburg i. Pomm. Am Montag, den 8. Februar, fand hier selbst eine öffentliche, von über 300 Personen besuchte Gewerkevereinsversammlung statt. Der Verbandsvorsitzende Kollege G o l d s c h m i d t referierte über: „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“. Einleitend schilderte er die Entstehung der Arbeiterbewegung und legte die Gründe dar, weshalb keine Einheit in derselben herrsche. Während die Arbeiterschaft durch Ausschaltung von Politik und Religion geschlossen dastehen, ist die Arbeiterbewegung durch diese Faktoren zerrissen. Nur die Deutschen Gewerkevereine stehen völlig unabhängig da und sind darauf bedacht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, die sozialen Gesetze zu reformieren und auszubauen und streben danach, daß jedem Arbeiter die geistliche und soziale Gleichberechtigung gewährt wird. Zu erreichen suchen sie ihr Ziel auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung in schrittweisem Vorwärtsschreiten, nicht wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch Redigen des Klassenkampfes. Ebenso ist das Eingeständnis der Religion in die Arbeiterbewegung schädlich.

Die Gewerkevereine suchen zuerst friedlich zu verhandeln, wenn das aber nicht zum Ziele führt, wird auch vor dem Kampfe, dem Streik, nicht zurückgedreht. Sodann wurden die indifferenten Kollegen aufgefordert, als Gewerkevereiner mit teilzunehmen an den Fortschritten der Kultur und an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Daß hier am Orte noch viel zu verbessern sei, beweise schon die lange Arbeitszeit, der geringe Lohnsatz und auch die Arbeitsordnung eines hiesigen Großbetriebes. Ein Beispiel für die Richtigkeit der Gewerkevereinsansätze bilden der in Berlin abgehaltene Bergarbeiterkongress, auf dem eine seltene Einmütigkeit geäußert habe. In der Diskussion meldete sich von den anwesenden Gegnern niemand zum Wort. Ein Kollege brachte die Wünsche in einem hiesigen Großbetrieb zur Sprache. Im Schlußwort wurden die Indifferenten und Verbandsverweigerer nochmals aufgefordert, sich dem Gewerkeverein anzuschließen. Nach Schluß der Versammlung meldete sich bei den einzelnen Vorjänden eine Anzahl Kollegen zum Eintritt. Ebenso gab eine Reihe von Verbandsverweigerern ihre Adresse als zwecks Gründung eines Ortsvereins. Der Verbandsvorstand wird seine ganze Tätigkeit darauf richten, diesen neuen Verein in die Höhe zu bringen. Auch sind wir überzeugt, daß der Gewerkevereinsgeist durch diese Versammlung in der hiesigen Arbeiterbewegung tiefes Verständnis gefunden hat zum Wohle und zur Stärkung unserer Organisation. J. H. Meyer.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Die nächste Sitzung fällt aus. Alle Mitglieder besuchen die Versammlung im Bürgerpark des Rathauses. — Gewerkevereins-Siedertafel (G.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Lehnungshaus im Verbandsbau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen.

kommen. — Distrikterklub Moabit. Sitzung jeden Freitag, abends 8½ Uhr, bei Babau, Waldstraße 53. — Raschenebau- und Metallarbeiter VII. Mittwoch, 10. März, abends 8 Uhr, Versammlung mit Damen bei Kunze, Triftstr. 63. Monatsbericht. Vortrag des Kollegen Walter: „Jugendverwahrlosung und Jugendberzehrung in der Großstadt“. Am Samstag, 13. März, abends 8½ Uhr, Ausschussung bei Kunze, Triftstr. 63. — Hildener. Montag, 8. März, abends 9 Uhr, Versammlung, Dresdenstraße 10 bei Frau.

Leipzig. Deutsche Handelskasseler-Veranstaltung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Heiler“, Bindenau, Bügenerstraße, statt.

Orts- und Reichsverbande.

Berlin (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5½ Uhr, im lokale des Herrn Müllers, Ebnitz-Platz, Distrikterklub. — Wachen (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Distrikterabend bei Leuchter, Ecke Hanfemannplatz u. Jülicherstr. — Hamburg (Ortsverb.). Jeder Mittwoch, abends 8½ Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Poolstr., Distrikterklub. Dresden (Distrikterklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sandelbräu, Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. — Gagen u. Umg. (Distrikterklub). Jeden Donnerstag, abends Punkt 8½ Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraße-Ecke. — Köln (Distrikterklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Water Kolping“, Eiferstraße. — Hamburg (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Baetow, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Distrikterklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hofmann, Friedrich-Wilhelmstraße, Distrikterabend. — Walle-Heim-Ruhr (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertretersitzung beim Hrn Joh. Köhler, Sandstraße 38. — Cottbus (Distrikterklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstr. 120. — Leipzig (Gewerkevereins-Siedertafel). Die Lehnungshaus finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weitzenfels a. G. (Gefangensabteilung der Gewerkevereine). Lehnungshaus jeden Dienstag, abends 8½ - 11 Uhr im Vereinslokal „Schweigerhaus“, Süßenstraße. Ganganliegende Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — Lauenburg (Ortsverband). Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Distrikterklub im lokale des Herrn Feiniger. — Wachen (Ortsverband). Sonntag, 7. März, morgens 11 Uhr, Vertretersitzung in Wachen, Jülicherstr. 72, Rest. „Zur Post“. — Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 21. März, nachmittags 3½ Uhr, Ortsverbandsversammlung in der Königswohlf, Bühlstraße 12. E.-D. dabei. Es wird jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, die Versammlung zu besuchen. — Lüneburg (Ortsverband). Sonntag, 14. März, 4 Uhr nachm., Versammlung bei Kämpfer (Bürgerverein). Wahl eines Delegierten nach Stettin. — Hohenmölsen (Ortsverband). Sonntag, 14. März, nachm. 3 Uhr, im Caféhaus „Zum Deutschen Koffer“ kombinierte Sitzung sämtlicher zum Ortsverband gehörender Ortsvereinsauschussmitglieder E.-D.: 1. Agitation für das Jahr 1909. 2. Referent: Herr Albin Müller sen. 2. Welche Aufgaben haben die Bezirkskonferenzen und Kommissionen? Referent: Herr Franz Böttcher-Wiltschütz.

Veränderungen, bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Dortmund L. Fritz Rab, Sekretär, Steinstr. 2 II

Anzeigen-Teil.

Inserat werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. F r e u n d. Preis 40 Pfg.
Vollwirtschaftslehre von Dr. C. J. F u c h s. Preis 80 Pfg.
Rußer zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg.
Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1.50 Mk.
Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg.
Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 20 Pfg.
Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.
Auch alle andern volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Der Bestellung bitten wir stets den Selbstbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 65, Greifswalderstr. 221/223.
Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.

Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen u. a. schönen und billigen bei Th. Berkop, Oppeln.
Fidelitas.
Zeitschrift, enth. Lustspiele, Soloszenen, Couplets (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Hft. Halbjährl. 2 Mk. Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.
C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 Bg.
Weitzenfels a. G. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 10 Unterstufungskarten beim Kollegen Fischer, 8-Platzstr. 28.
Chemnitz (Ortsverb.). Karlen- und Arbeitsnachweise bei Kollegen Kurt Weizer, Chemnitz-Woblenz Klausstr. 64.
Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Müller, Greifswalderstr. 2, Ecke Oberlauegasse.
Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgeheim bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgegahlt falls der Ortsverein am Dite nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Wilh. Berger, Wilhelmstraße 10.

Der Gewerkeverein Jahrgang 1908
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandskollegen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.
Essfurt (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Wilh. Fuhn, Böwengasse 9.
Potsdam (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbescheid bei den Ortsvereinskassierern oder bei D. Rillmeyer, Französischestr. 8.
Eisenach u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer Edmund Hartmann, Eisenach, Wiesenstr. 18.
Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Nachquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei J. Stäbler, Bahnhofsstr. 18.